

Frauen und Friedensbewegung

Überlegungen zur aktuellen Diskussion

Von Edith Laudowicz

Keine Tagung, keine Konferenz, kein Parteitag, ohne daß die Fragen der Abrüstung, des NATO-Doppelbeschlusses oder etwa die geplante Einbeziehung der Frauen in die Bundeswehr nicht in der einen oder anderen Weise Gegenstand der Erörterung wären. Die neue Friedensbewegung hat erreicht, daß heute keine politisch relevante Kraft oder Bewegung diese Fragestellung ausklammert sie ist Gegenstand zahlreicher Diskussionen und Spekulationen.

An dieser neuen Friedensbewegung - an ihrem Entstehen und ihrer Wirksamkeit - haben einzelne Frauen und Frauengruppen keinen unwesentlichen Anteil. Doch es ist verwunderlich, daß sich Publikationen zur neuen Friedensbewegung kaum mit den Gedanken, Forderungen und Aktionen der Frauen auseinandersetzen, daß Frauen selbst kaum in den Artikeln und Büchern als Autorinnen in Erscheinung treten. So ist die Feststellung der „Emma“-Redakteurin Ingrid Strobl¹ berechtigt, daß gegenwärtig eine Geschichtsschreibung nach altbekanntem Muster, nämlich der Nichtbeachtung der Arbeit der Frauen, stattfindet. Bei der Darstellung der neuen Friedensbewegung wird ihnen bestenfalls eine Statistenrolle zgedacht².

Gewerkschaftsfrauen für Abrüstung

Während die Medien noch kaum Notiz nahmen von den Forderungen der Frauen, waren innerhalb der verschiedenen Einzelgewerkschaften und auf der Bundesfrauenkonferenzen des DGB die Diskussionen um den Zusammenhang von Hochrüstung einerseits und Sozialabbau und 'einer. Folgen für die Frauen andererseits schon voll im Gange. So haben Gewerkschafterinnen seit langem darauf hingewiesen, daß die Kürzung öffentlicher Haushalte zugunsten der Rüstung für Frauen schwerwiegende Folgen nach sich zieht. Mit diesem Problem hat sich u.a. auch im Mai 1980 die 10. DGB-Bundesfrauenkonferenz beschäftigt. Dort wurde die Behauptung diskutiert, Rüstung sichere Arbeitsplätze: „Die Erfahrung hat gezeigt, daß Rüstungsproduktion auf die Dauer keine Beschäftigungssicherheit bietet. Das Vollbeschäftigungsziel kann u.a. durch die Herstellung nützlicher Güter, die Ausweitung sozialer Dienste sowie durch Arbeitszeitverkürzung erreicht werden“³, heißt es in einem Antrag zu Entspannung und Abrüstung.

Die Bundesfrauenkonferenz hat sich auch mit der geplanten Einbeziehung der Frauen in die Bundeswehr befaßt. Ein mit knapper Mehrheit verabschiedeter Antrag stellt den Zusammenhang zwischen Frauenarbeitslosigkeit und wachsender Militarisierung her und setzt damit neue Akzente. Es heißt dort: „Bei der Kampagne für die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht für Frauen handelt es sich um den Versuch, die entstandene industrielle Arbeitskräftereserve mit einem Frauenanteil über 50% in neue Beschäftigungsbereiche bei geringerer Bezahlung einzugliedern.“⁴ Diese Argumentation ist von besonderer Bedeutung im Hinblick auf die Pläne Verteidigungsminister Apels, Frauen auf der Basis der Freiwilligkeit in die Armee einzubeziehen. Den Frauen wird die Bundeswehr schmackhaft gemacht, indem ihnen viele Berufsmöglichkeiten angepriesen werden, die in der „freien“ Wirtschaft für sie noch verschlossen sind. Die DGB-Bundesfrauenkonferenz hat aber in dankenswerter Weise darauf aufmerksam gemacht, daß die in Aussicht gestellten Berufsmöglichkeiten die Situation der Frauen nicht verbessern, sondern ihre Ausbeutungssituation noch zusätzlich verschlechtern würden.

Innerhalb der ÖTV ist jedoch die Forderung der Frauenbewegung nach wie vor umstritten, auch die zivilen Bereiche der Bundeswehr, die angesichts der

Veränderungen der Waffentechnologie immer umfangreicher werden, in die Ablehnung mit einzubeziehen. Die auf der 10. DGB-Bundesfrauenkonferenz verabschiedeten Positionen sind also längst noch nicht Allgemeingut der gesamten Gewerkschaften geworden. So finden sich weder im neuen Grundsatzzprogramm des DGB noch im Aufruf des DGB zum Antikriegstag '81 Stellungnahmen gegen die geplante Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr. Im Widerspruch zu den Diskussionen innerhalb des DGB um die Rolle der Bundeswehr in unserer Gesellschaft und die Pläne der Schließung der „Rekrutenlücke“ durch Frauen befindet sich auch die gemeinsame Erklärung des DGB-Bundesvorstands und der Bundeswehr. Einerseits hat die DGB-Bundesfrauenkonferenz auf die wachsende Militarisierung durch die Ausweitung der Bundeswehr aufmerksam gemacht, andererseits wird in dieser Erklärung durch den DGB der Bundeswehr eine positive Rolle bescheinigt. Nicht zufriedenstellend sind auch die Ausführungen über die sozialen Folgen der Aufblähung des Rüstungshaushalts. Zwar weist das DGB-Grundsatzprogramm auf den Zusammenhang zwischen Hochrüstung und den daraus resultierenden Folgen für die Entwicklungsländer hin, macht aber kaum Aussagen über die innenpolitischen Auswirkungen von Hochrüstung und Rotstiftpolitik.

DFI: Engagement für Frieden und Frauenemanzipation gehören zusammen

Die Demokratische Fraueninitiative (DFI) hat auf diesen Zusammenhang schon 1975 in ihrem Grundsatzzprogramm hingewiesen und hat dies in ihrem neuen Grundsatzzprogramm vom Juni 1981 konkretisiert und aktualisiert. „Die Erhöhung der Rüstungsausgaben wird finanziert mit Streichungen im Sozial- und Bildungsetat sowie im sozialen Wohnungsbau. Betroffen sind die ohnehin Benachteiligten, insbesondere Frauen und Kinder. Um 1,5 Milliarden soll allein das Kindergeld gekürzt werden. In Krippen, Kindergärten und Kindertagesstätten werden Elternbeiträge drastisch erhöht und staatliche Zuschüsse gesenkt. Gespart wird in den Schulen und Bildungseinrichtungen, beim Mutterschaftsurlaub und beim Wohngeld, bei der Arbeitslosen- und Krankenversicherung und selbst bei der Sozialhilfe.“⁵ Diese Aussage bestätigen die jüngsten Sparbeschlüsse der Bundesregierung. Besonders die Kürzungen im Bereich der Sozialhilfe treffen die alleinstehenden Mütter mit Kindern, die ohnehin schon zu den Ärmsten der Armen gehören.

In ihrem Grundsatzzprogramm hat die DFI auch Stellung zu einer innerhalb der Frauenbewegung vieldiskutierten Frage genommen, zum Zusammenhang von Friedenskampf und Frauenemanzipation. Sie begründet ihr Engagement folgendermaßen: „Die Geschichte hat uns gelehrt, daß internationale Spannungen, Gewalt und Krieg die Menschenrechte einschränken oder außer Kraft setzen . . . Wir wissen, daß ein dauerhafter Frieden die Voraussetzung ist für die Gleichberechtigung von Mann und Frau, für sozialen Fortschritt und für die Emanzipation des Menschen überhaupt“⁶ Die DFI plädiert deshalb dafür, daß Frauen sich in die politische Bewegung unseres Landes einmischen und für das Bündnis der Frauenbewegung mit der Friedensbewegung eintreten.

Atomkraftwerke, Atomrüstung = Männertechnologie?

Aber nicht nur Gewerkschaften und DFI haben sich mit der Problematik der Rüstung befaßt. Im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um die Atomkraftwerke und die technologische Entwicklung kam es auch innerhalb der autonomen Frauenbewegung zu einer breiten Diskussion um die Atombewaffnung. So wandte sich schon im Juli 1979 die Berliner Frauenzeitschrift „Courage“ gegen die Argumentation Helmut Schmidts müsse Kernenergie in Kauf nehmen, wenn man verhindern wolle daß es zu kriegerischen Auseinandersetzungen um die Energiequellen käme. Dieser Auffassung hielten die „Courage“-Frauen entgegen: „Wir wollen über die Nutzung der

Atomkraft selbst entscheiden - und unsere Entscheidung wird weder Krieg noch Atomwaffen sein.⁷⁾ Im Juli 1979 wurde eine Unterschriftensammlung gegen das Atomprogramm begonnen und ein Kongreß gegen Atom und Militär⁸⁾ im September durchgeführt.

War innerhalb der autonomen Frauenbewegung schon vor den Bundestagswahlen von 1980 großer Unmut und Skepsis gegenüber der SPD deutlich geworden, so führten die neuen Erfahrungen bei der Auseinandersetzung um das Atom- und Rüstungsprogramm der Bundesregierung zu einer noch stärkeren Ablehnung der Politik der SPD einerseits und zu einem verstärkten Engagement in der Friedensbewegung andererseits. Vor allem in der „Courage“ erschienen seit 1980 bemerkenswerte Analysen über die Waffensysteme. In verschiedenen Aufsätzen kam die Position, die schon bei der Analyse der Technik eine Rolle gespielt hatte, nämlich daß die gegenwärtige negative technologische Entwicklung Ergebnis männlich-destruktiven Denkens und Handelns seien, auch bei der Einschätzung der Rüstung zum Ausdruck. Rüstung und militärische Auseinandersetzungen werden von Teilen der autonomen Frauenbewegung als Ausdruck männlichen Aggressionstriebes und Vormachtstrebens verstanden.

SPD-Frauen gegen Mittelstreckenraketen und Neutronenbombe

Mit der wachsenden Kritik an der Rüstungspolitik der Bundesregierung und vor dem Hintergrund des NATO-Doppelbeschlusses wuchs auch innerhalb der SPD der Widerstand gegen diese Pläne. Große Teile der SPD-Frauen wollten sich nicht der Parteiräson fügen und beugten sich auch nicht der Logik der Parteiführung, die besagte, mehr Waffen schüfen mehr Sicherheit. Im Dezember 1979 beschlossen sie eine Unterschriftensammlung „gegen die Produktion neuer Mittelstreckenraketen und deren Stationierung in der Bundesrepublik und Europa“⁹⁾. Sie unterstützten die Aktionen gegen die Pläne zum Bau der Neutronenbombe und forderten von ihrer Parteiführung und der Bundesregierung die ernsthafte Prüfung der Verhandlungsangebote der Sowjetunion. Angeregt durch den Friedensaufruf skandinavischer Frauen entstand in Westberlin die Initiative „Anstiftung der Frauen zum Frieden“, die von Eva Maria Quistorp, Petra Kelly, Heike Sander und vielen anderen Frauen unterstützt wurde¹⁰⁾.

Friedensfrage bündnisstiftend

Die Zuspitzung der politischen Situation durch den NATO-Doppelbeschluß hatte dazu geführt, daß innerhalb der Frauenbewegung Ressentiments überwunden werden konnten, daß das Bedürfnis nach Zusammenarbeit stärker wurde als die kontroversen Standpunkte, die bislang einer Zusammenarbeit im Wege gestanden hatten. Waren noch 1980 starke Bedenken gegen den Internationalen Frauentag geäußert worden, er wurde teilweise als „sozialistischer Muttertag“ abgelehnt, kam es auf Anregung der „International War-Resisters League“ 1981 zu einer breiten Zusammenarbeit der Frauengruppen bei der Vorbereitung des 8. März. In vielen Städten entstanden Frauenbündnisse, die auch in der Folgezeit weiterarbeiteten. An vielen Orten ließen sich auch die DGB-Kreisfrauenausschüsse, trotz eines Verbots des DGB-Hauptvorstandes, von einer Mitarbeit bei den Veranstaltungen nicht abhalten.

Die Auseinandersetzung um die Frage Krieg und Frieden und die Tradition des 8. März hat innerhalb der gesamten Frauenbewegung zu einem verstärkten Interesse an der Geschichte des Engagements der Frauen für Frieden geführt. Auf zahlreichen Tagungen der verschiedenen Organisationen berichteten Frauen von ihren Erfahrungen. Dabei galt das Interesse gleichermaßen der privaten wie der politischen Situation von Frauen in Kriegszeiten¹¹⁾. Mit der Hinwendung zur Geschichte der Frauenfriedensbewegung wurden zugleich auch die alten, immer noch ungelösten Fragen der Frauenfriedensbewegung neu belebt und mit neuen Akzenten in die gegenwärtige Diskussion

eingbracht.

Frauen in die Bundeswehr – kontrovers

Dies wird deutlich am Beispiel der Diskussionen um die Frage der Einbeziehung der Frauen in die Bundeswehr, die bei der Entwicklung des Frauengagements in der Friedensfrage eine nicht unerhebliche Rolle gespielt hat.

Ausgelöst wurde dies wesentlich durch die Initiative „Frauen in die Bundeswehr – wir sagen wehr – wir sagen NEIN“¹². Die Erklärung, die von vielen bekannten Frauen als Erstunterzeichnerin unterstützt wurde, beinhaltet folgende Gesichtspunkte: „Bezugnehmend auf das Grundgesetz, welches die Heranziehung der Frauen zu militärischen Diensten ausdrücklich ausschließt, wird gegen den geplanten Einsatz von Frauen in militärischen und zivilen Bereichen der Bundeswehr argumentiert und diese Absicht als eine Aushöhlung des Grundgesetzes charakterisiert. Dabei wird weder von einer natürlichen weiblichen Friedfertigkeit ausgegangen noch von einer besonderen Beziehung der Frauen zum Leben. Im Mittelpunkt der Ablehnung steht vielmehr die Gefahr einer weiteren Militarisierung der Gesellschaft. Der Aufruf verweist auf den Zusammenhang zwischen direktem militärischen Bereich und dem zivilen Bereich, der für die Funktionsfähigkeit der Bundeswehr von großer Bedeutung ist. Diesem Aufruf schlossen sich innerhalb weniger Monate tausende von Frauen an, an vielen Orten entstanden zu dieser Frage Frauenbündnisse und Arbeitsgruppen. Ende 1980 kam es zu drei großen Demonstrationen gegen die Pläne des Bundeswehrverbandes und der Bundesregierung.“

Durch diese Aktionen und Initiativen entstand innerhalb der Frauenheuegung eine breite Diskussion über die Rolle der Bundeswehr, des „NATO-Bündnisses, die Funktion der zivilen Bereiche und die Aushöhlung des Grundgesetzes durch die Notstandsgesetze, welche eine Dienstverpflichtung von Frauen möglich machen.“

Der Widerstand der Frauen hat mittlerweile dazu geführt, daß das Konzept des Bundeswehrverbandes - einer allgemeinen Dienstpflicht für Frauen - nicht mehr vorrangig diskutiert wird. Nach wie vor wird jedoch von der Bundesregierung das Ziel verfolgt, Frauen auf der Basis der Freiwilligkeit in die Bundeswehr zu locken. Nach den Plänen der Regierung soll dies schon 1983 möglich sein. Angesichts der Arbeitsmarktsituation für Frauen und junge Mädchen steht der Frauenbewegung noch einiges an Aufklärungsarbeit bevor. Wie sich diese Situation auswirken könnte, wurde in einem Antrag der DGB-Bundesfrauenkonferenz deutlich gemacht: „... die derzeitige Berufs- und Ausbildungsnot der Frauen (kann) ausgenutzt werden. Scheinbar freiwillig entscheiden sich dann Frauen für einen Beruf im Bereich der Bundeswehr, weil sie keine andere Chance an Ausbildungsstellen und Arbeitsmarkt haben.“¹³

Dabei haben sich leider Meinungen, wie sie vor allem von Alice Schwarzer vertreten wurden, als sehr hilfreich für die Bundesregierung erwiesen. Da ihre Position vielfach verkürzt wiedergegeben wurde, indem ihr unterstellt wurde, sie trete für die Frauenwehrpflicht ein, soll nachfolgend ihre Auffassung kurz umrissen werden. So ist sie der Meinung, daß es bei der beabsichtigten Wehrpflicht für Frauen nicht primär um die Frage Krieg oder Frieden geht, auch nicht um das Problem, wie Kriege verhindert werden können, sondern lediglich um die Frage formaler gleicher Rechte für Frauen. So argumentiert sie, „daß wir unabhängig davon, wie wir zur Bundeswehr stehen, nicht hinnehmen, im Namen einer den Frauen angedichteten „Friedfertigkeit“ aus einem gesellschaftlich so relevanten Bereich ausgeschlossen zu werden.“¹⁴ Im gleichen Atemzug verweist sie darauf, daß sie sehr wohl die negative Rolle der Bundeswehr sehe und deshalb auch für Kriegsdienstverweigerung sei. Im Mittelpunkt ihrer Argumentation steht also das Eintreten für formale gleiche Rechte für Frauen, unabhängig davon, unter welchen politischen Zusammenhängen diese formalen Rechte dann wirksam werden. Wie sich in der Diskussion her-

ausgestellt hat, eignet sich aber gerade diese formalistische Position besonders für diejenigen, die den Frauen den Dienst in der Bundeswehr schmackhaft machen wollen, weil die politischen Zusammenhänge innerhalb dieser Argumentation eine zweitrangige Rolle spielen bzw. eine künstliche Trennung vollzogen wird. Wenn die Frauenbewegung in der Vergangenheit und Gegenwart für formal gleiche Rechte eingetreten ist, geschah dies auch mit dem Blick auf die sich daraus ergebenden positiven Möglichkeiten für Frauen. Die Bundeswehr als Repressionsinstrument nach außen und innen - als solches wird es auch von Alice Schwarzer angesehen - bietet mit ihren hierarchischen Strukturen keinerlei positive Entfaltungsmöglichkeiten für Frauen. Auch die angebotenen Berufsmöglichkeiten können kein Argument sein. Im Rahmen der Bundeswehr bestehen keinerlei Mitbestimmungsmöglichkeiten über die Inhalte der Berufsausübung, keinerlei Garantien werden gegeben, daß der erlernte Beruf auch außerhalb der Bundeswehr ausgeübt werden kann. Die Erfahrungen von Soldatinnen in der amerikanischen und israelischen Armee haben bewiesen, daß Frauen noch besonderen Diskriminierungen

ausgesetzt sind, z.B. Belästigungen durch Männer, Schminkvorschriften, Zuweisung von spezifischen „Frauenarbeiten“ sind an der Tagesordnung; den Frauen anerzogene Verhaltensweisen werden brutal ausgenutzt. So stellt z.B. „Die Welt“ vom 31. Oktober 1978 fest, daß Ausfallzeiten durch Schwangerschaften durch weniger häufiges Fehlen wegen Drogen- oder Alkoholmißbrauchs wieder wettgemacht würden. Offiziere der amerikanischen Armee loben die besondere Anpassungsfähigkeit der Frau und verweisen darauf, daß ihre Anwesenheit das Klima innerhalb der Armee verbessere¹⁵. Diese wenige Argumente verdeutlichen den formalistischen Charakter der Argumentation von Alice Schwarzer, auf dem sie trotz zahlreicher Diskussionen immer noch beharrt. Ihre Haltung in dieser Frage steht übrigens im Widerspruch zu ihrer Haltung zum NATO-Nachrüstungsbeschluß. Zu einem Zeitpunkt, als die Diskussion um die Afghanistan-Frage zunächst die Weiterentwicklung der Bemühungen um Fortsetzung der Entspannungspolitik zu verhindern schien bzw. dazu genutzt wurde, um die Nachrüstung zu legitimieren, machte Alice Schwarzer in der „Emma“ darauf aufmerksam, daß diese Frage vorgeschoben werde, um von der notwendigen Diskussion um Abrüstung abzulenken¹⁶.

Friedfertige Frauen - aggressive Männer?

Im Zusammenhang mit dem wachsenden Engagement der Frauen in der Friedensbewegung wurden Argumente, wie sie unter anderem schon von den Radikalpazifistinnen und Feministinnen Lyda Gustava Heymann und Anita Augspurg zu Beginn des Jahrhunderts vertreten wurden, neu belebt und sind seitdem Gegenstand zahlreicher Erörterungen über das Frauenspezifische des Friedenskampfes.

So waren beide der Auffassung, daß das „männliche Prinzip zersetzend ist und daß diesem männlichen Prinzip „das weibliche aufbauende Prinzip der gegenseitigen Hilfe, der Güte, des Verstehens und Entgegenkommens -) diametral gegenübersteht. In modifizierter Form findet sich diese Auffassung in Stellungnahmen etwa der „Courage“-Frauen wieder, z. B. in ihrer Antwort auf einen Appell des Komitees der Sowjetfrauen anläßlich der Prager Weltfrauenkonferenz im Oktober 1981 und in den von ihnen dort vertretenen Auffassungen. Sie gehen davon aus, daß es vor allem die „Männerregierungen“ seien, die mehr Sprengstoff als Lebensmittel herstellten, daß „Männerregierungen“ die Antreiber von Hochrüstung seien und Kriege letztlich Ausdruck männlicher Allmachtsphantasien, mit denen Frauen auch in ihrem Alltagsleben konfrontiert, sind¹⁸). Für Dorothee Brockmann¹⁹), deren Argumente in der

Frauenbewegung breite Zustimmung fanden, sind Kriege Kulminationen patriarchalischer Gewalt.

Dieser Einschätzung können Frauen sich jedoch nur dann anschließen, wenn

sie der Auffassung zustimmen, daß die gegenwärtig feststellbare Tatsache männerbeherrschter Regierungen mit einem natürlichen Machtstreben von Männern zusammenhängt. Unter einem „natürlichen Machtstreben“ wird hier nicht ein möglicherweise historisch entstandenes Bedürfnis gemeint, sondern eines, welches aus den biologischen Wesensverschiedenheiten von Mann und Frau resultieren soll. Geht man jedoch davon aus, daß die nachweislich vorhandenen Verhaltensunterschiede zwischen Männern und Frauen historisch entstanden und demzufolge aus gegenwärtigem Verhalten keine biologischen Wesensmerkmale abzuleiten sind, muß man konsequenterweise die Auffassung von der angeborenen Friedfertigkeit der Frauen einerseits und einem natürlichen Aggressionstrieb der Männer andererseits als die zwei Pole einer auf biologische Wesensverschiedenheiten reduzierte Geschlechtersicht kritisieren. Dies geschieht jedoch weder durch Alice Schwarzer noch durch Dorothee Brockmann. Ihre berechtigte Kritik an der den Frauen zugeschriebene Friedfertigkeit bleibt insofern inkonsequent, da die eine Position („natürliche Friedfertigkeit“) nicht ohne die andere (natürlicher Aggressionstrieb“) kritisiert werden kann.

Um diese Fragen werden innerhalb der Frauenbewegung sicherlich noch viele Diskussionen kreisen, kommt in dieser Position doch erneut die Haltung zum Ausdruck, die Unterdrückung der Frau basiere auf den Machtgelüsten der Männer, eine Haltung, die die Frauenfrage als Geschlechter- und nicht als soziale Frage begreift. Will man jedoch Aussagen über die Ursachen von Kriegen machen und nicht die falschen Gegner treffen, bleibt eine Analyse der gesellschaftlichen Gründe - der politischen und ökonomischen Motive von Kriegen - unumgänglich. So naheliegend auch die Schlußfolgerung ist, aus dem Fakt, daß gegenwärtig in allen Regierungen die Männer überrepräsentiert sind, ein männliches Aggressionsstreben abzuleiten, bleibt dennoch zu fragen, ob es weniger Kriege geben würde, wenn Frauen die Mehrheit in den Regierungen stellten. Nicht nur, daß man damit offensichtlich doch von einer größeren Friedfertigkeit der Frau ausgeht: darüber hinaus muß darauf verwiesen werden, daß es geschichtlich und aktuell genügend Beispiele kriegerischer Politik von Frauen gab und gibt und daß es in der Geschichte auch genügend Männer und Männerregierungen gegeben hat, die sich für Frieden eingesetzt haben.

Ohne verkürzte Erklärungen komplexer Zusammenhänge wäre nicht nur die Möglichkeit eines engeren Zusammenrückens der Frauen- und der Friedensbewegung gegeben, und es würde einer Tendenz der Isolierung der Frauen innerhalb der Friedensbewegung entgegengewirkt; zugleich könnte ein wichtiger Anstoß zur Politisierung der gesamten Frauenbewegung erfolgen und, damit verbunden, ein Zuwachs an Wirkungsmöglichkeiten innerhalb der politischen Landschaft der Bundesrepublik erzielt werden.

Verweigerungsaktionen

Die Einplanung der Frauen in die Kriegsvorbereitung hat innerhalb der Frauenbewegung zu einer Diskussion um die Aktionsformen geführt und eine Vielzahl phantasievoller Aktionen zur Folge gehabt. Da viele Frauen im Zusammenhang mit einer Ausbildung als Schwesternhelferin beim DRK zumeist unwissend ihr Einverständnis zum Einsatz im Katastrophenfall gegeben hatten, wurden in vielen Städten der Bundesrepublik sogenannte Verweigerungsaktionen durchgeführt. In einer Erklärung weisen die Frauen darauf hin, daß sie nicht bereit seien, sich im sogenannten Ernstfall dienstverpflichten zu lassen. Eine weitere Form der Verweigerung wird gegenwärtig; anknüpfend an historische Vorläufer diskutiert, nämlich die Einbehaltung von Steuern. Beide Formen der Verweigerungen wurden von Frauen im und nach dem Ersten Weltkrieg praktiziert. So plädierten Anita Augspurg und Lyda Gustava Heymann anläßlich des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs an die Frauen sich dem Hospitaldienst und der Verwundetenpflege zu entziehen, nach dem Ersten Weltkrieg gab die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit

(IFFF) einen Aufkleber heraus mit der Aufschrift „Der Teil meiner Steuer, der für Militärzwecke verwendet wird, ist unter Zwang und Protest bezahlt“²⁰

In den Verweigerungsaktionen steckt der Gedanke, daß politischer Protest allein nicht ausreicht, um Abrüstung durchzusetzen, daß schon heute etwas getan werden muß, um der Kriegsplanung und der Verschwendung der Gelder Einhalt zu gebieten. Zu fragen bleibt jedoch, ob individuelle Verweigerungen, auch wenn sie massenhaft befolgt werden, die Herrschenden zu einer Änderung ihrer militaristischen Politik zwingen können. Tatsache ist, daß 500000 Wehrdienstverweigerer noch nicht haben bewirken können, daß die Zahl der Soldaten reduziert wurde. Unwahrscheinlich ist auch, daß etwa eine Verweigerung der Steuern - abgesehen von den technischen Schwierigkeiten, die damit verbunden sind - zu einer Reduzierung des Rüstungshaushalts führen würde oder etwa eine Änderung des außenpolitischen Kurses nach sich ziehen könnte. Zu erwarten ist eher daß die notwendigen Gelder für die Rüstung durch eine Umverteilung zu Lasten anderer Etats herbeigeschafft würden.

Die Aktionsform der Verweigerung ist nur dann politisch wirkungsvoll, wenn sie gekoppelt ist mit der Forderung nach einer grundlegenden Veränderung der Militärpolitik. Darüber hinaus ist aber auch die Ausdehnung der Aktionen der Frauenbewegung notwendig: gegen *alle* Formen der Einengung des weiblichen Lebensbereiches durch die Verwendung von Unsummen von Geldern für Rüstung bei gleichzeitiger Reduzierung der Bildungs-, Sozial- und Kulturhaushalte und durch die Subventionierung von Konzernen, die diese Gelder zu Rationalisierungszwecken und damit zu Erhöhung der Arbeitslosigkeit nutzen.

Wenn man berücksichtigt, daß von den zusätzlich im Nachtragshaushalt 1980 beschlossenen 1,883 Mio. DM allein 960 Mio. DM für militärische Zwecke verwandt wurden²¹), wenn man weiterhin bedenkt, daß im selben Jahr erhebliche Kürzungen in jenen Bereichen vorgenommen wurden, in denen Frauen arbeiten oder von denen Frauen in weitaus höherem Maße als Männer abhängig sind, so scheint eine Aufnahme der Diskussion um die Frage für die gesamte Frauenbewegung unumgänglich. Die im Zuge der Neuverteilung des Steueraufkommens zwischen Bund und Ländern vorgenommenen Kürzungen, etwa im Bereich der Kindergärten und Kinderkrippen, damit verbundene Schließungen oder Gebührenerhöhungen, die Einsparungen im Bereich des öffentlichen Dienstes, in welchem überproportional Frauen beschäftigt sind, sind nur einige wenige Maßnahmen im kommunalen Bereich, die Frauen treffen. Hinzu kommen die Sparmaßnahmen im Zuge der Kürzungen des Bundeshaushalts, so die Kürzungen des Kindergeldes und Einsparungen bei Umschulungsmaßnahmen im Bereich der Arbeitsförderung, von der bekanntermaßen viele Frauen auch deshalb Gebrauch machen müssen, weil ihnen die Kindererziehung aufgebürdet wird. Gesamt- oder Ganztagschulen, die eine Entlastung berufstätiger Mütter darstellen, stehen kaum noch zur Diskussion. An den Hochschulen wird im Bereich der Vergabe von Lehraufträgen und Zeitverträgen eingespart, die für viele wissenschaftlich qualifizierte Frauen oft die einzige Möglichkeit darstellen, entsprechend ihrer Qualifikation zu arbeiten. An der Rotstiftpolitik zeigen sich schon heute die verhängnisvollen Auswirkungen einer Politik, die ganz auf Rüstung setzt. Es ist höchste Zeit, daß Frauen auch hier öffentlich ihren Protest bekunden und Forderungen stellen. Solche Aktivitäten böten auch Möglichkeiten, neue Kreise von Frauen für die Friedensbewegung zu gewinnen, vor allem solche Frauen anzusprechen, die sich weder durch die geplante Einbeziehung der Frauen in die Bundeswehr noch durch eine mögliche Dienstverpflichtung betroffen sehen.

Krieg und Alltagskrieg

Im Zusammenhang mit der Verweigerungsdiskussion ist eine weitere Form der Verweigerung angeregt worden: Die Verweigerung der Frauen gegenüber einem kriegerischen Alltag. Dorothee Brockmann hat diesen Gedanken

damit begründet, daß man nicht davon reden könne, das gegenwärtig im Alltag der Frauen Frieden herrsche. Sie ist der Meinung, daß der Krieg gegen Frauen tagtäglich stattfindet, und deshalb sind die Begriffe „Krieg“ und „Frieden“ für sie Begriffe der Männerwelt²².

In der Kriegsmaschinerie und den von ihr so bezeichneten „Friedensapparaten“ sieht sie die mystifizierten Superstrukturen derselben männlichen Gewalt, denen Frauen tagtäglich ausgesetzt sind und die zur Vergewaltigung ihrer Lust, Verstümmelung weiblicher Fähigkeiten und Vernichtung weiblicher Kraft führen. Sie plädiert deshalb für eine konsequente Verweigerung der Frauen gegenüber diesem Alltagskrieg. Das heißt für sie, sich gegen jede Vereinnahmung als Partnerin, als den Männern gleichberechtigte Frau, als Mit- oder Zuarbeiterin zu wehren. Das heißt für sie aber auch, „persönliche Zuneigung zu Frauen nicht nur als private, sondern zugleich als politische Zuwendung zu leben“²³ und Widerstand zu leisten gegen die Einengung weiblicher Lebensmöglichkeiten, wo immer Frauen damit konfrontiert werden.

Diese Gedanken sind aus der Befürchtung entstanden, im Einsatz der Frauen für Frieden könne der Kampf um ihre eigene Befreiung in den Hintergrund gedrängt werden, würde wieder einmal als „Nebenwiderspruch“ und damit Nebensache unter das große Ziel des Friedens untergeordnet und letztlich verschwinden. Ganz davon abgesehen, daß mit der Aussage, die Frauenfrage sei eine aus dem Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit abgeleitete Frage - und als solche ein Nebenwiderspruch - niemals auch eine Bewertung der Frauenfrage als nebensächlich oder zweitrangig verbunden sein kann, stellt sich hier die Frage nach dem Verhältnis von Militarismus und Patriarchat, nach den Auswirkungen militaristischer Politik im Alltag, kurz, die Frage nach den Herrschaftsformen und dem Instrumentarium, mit dem militaristische Ziele durchgesetzt werden.

Mit dieser Fragestellung wird die Diskussion der Frauenbewegung um Gewalt gegen Frauen um eine politische Dimension bereichert, und es wird nach übergreifenden Zusammenhängen gefragt. Auf diesen Zusammenhang haben auch schon verschiedene Theoretiker der Arbeiterbewegung hingewiesen. So Karl Liebknecht in seiner Militarismusanalyse²⁴, in der er darauf aufmerksam machte, daß mit der „Höherentwicklung“ der Waffentechnologie und ihrer Perfektionierung zugleich eine Zunahme solcher Herrschaftsformen verbunden ist, die auf der Unterdrückung demokratischer Gepflogenheiten und Rechte basieren und in denen gleichzeitig versucht werde, militaristisches Gedankengut und chauvinistische Gefühle in allen Bereichen der Gesellschaft wirksam werden zu lassen. Einen anschaulichen Beweis für diese These lieferten Frauen des Sozialistischen Frauenbundes Westberlin (SFB) auf der 3. Sozialistischen Konferenz im November 1981. Sie präsentierten dort eine Sammlung von Werbeanzeigen, Kinoplakaten und Modereklamen, in der deutlich wurde, daß die Degradierung von Frauen zu Sexualobjekten in Verbindung mit militaristischer Aufmachung und Gewaltphantasien zu einem weit verbreiteten Mittel der Werbung und der Unterhaltungsindustrie geworden ist. Damit gewinnt die These Liebknechts, daß der Militarismus die Armee selbst einschließt, daß er darüber hinaus aber „als ein über die Armee hinausgehendes System der Umklammerung der ganzen Gesellschaft durch ein Netz militaristischer und halb militaristischer Einrichtungen“ angesehen werden muß, „ferner als ein System der Durchtränkung unseres ganzen öffentlichen und privaten Volkslebens mit militaristischem Geiste, wobei auch Kirche, Schule und eine gewisse feile Tendenzkunst, ferner die Presse, ein erbärmliches käufliches Literatengesindel und der gesellschaftliche Nimbus, mit dem ‚unser herrliches Kriegsheer‘ wie mit einer Gloriole geschäftig umgeben wird, zäh und raffiniert zusammenwirken“²⁵.

So kann man gerade gegenwärtig die Zunahme von Gewaltphantasien im kulturellen Bereich feststellen. Die auch in der Bundesrepublik ausgestrahlten amerikanischen Fernsehserien strotzen nur so vor Gewalt und gewalttätigen Übergriffen auf die Persönlichkeitsrechte durch Polizisten, Geheimagenten, Supermänner. Groß aufgemachte Horrorfilme schaffen ein Klima, in dem

kriegerische Gewalt nur noch als Lappalie wahrgenommen wird. Solche kriegstreiberischen und zugleich frauenfeindlichen Bücher wie Konsaliks „Frauenbataillon“ erscheinen sicher nicht zufällig zum jetzigen Zeitpunkt und werden mit entsprechender Öffentlichkeitsarbeit zu Verkaufsschlägern. Autorinnen, die sich mit der Frage der Gewalt gegen Frauen befaßt haben, haben versucht, nach den Ursachen wachsender Gewalt zu forschen. So kommen etwa Cheryl Benard und Edith Schläffer zu der Einschätzung, daß „die kurzschlüssige Personalisierung von Mißständen und das Abreagieren an beliebig verfügbaren Objekten . . . Merkmale einer Gesellschaft (sind), in der sich Wut gegen Unterdrückung und Ausbeutung meist auf Personen bezieht - die Kollegen, den Vorarbeiter, den Chef -, nicht auf die Organisation der Arbeit selbst. Sie wird daher in momentanen Ausbrüchen abreagiert, und zu einer aktiven Auseinandersetzung kommt es nicht“²⁶. Aber gerade diese Form der Konfliktlösung wird uns gegenwärtig in den erwähnten „Kulturerzeugnissen“ massenhaft vorgeführt. Gesellschaftliche Frustrationen werden somit im Bereich des Privaten ausgetragen und ihres Zündstoffes beraubt, jedoch sind sie im „Ernstfälle“ auch wieder für politische Ziele instrumentalisierbar. So ist es geschichtlich bewiesen, daß während des Vietnamkrieges eine Zunahme faschistoider Tendenzen zu verzeichnen war, in der die Diffamierung von Emanzipationsbestrebungen aller Art sowie die Aggressionsentladung auf gesellschaftliche Minderheiten bzw. gesellschaftlich benachteiligte Gruppen wesentlicher Inhalt war²⁷. Festzustellen ist jedoch nicht nur eine Zunahme von Gewalt im Alltag, sondern auch eine Zunahme staatlicher Gewalt, etwa im Hinblick auf das Vorgehen gegen Hausbesetzer oder die Gegner der Startbahn West. Daß Militarismus und Anwachsen staatlicher Willkür und Gewalt schon immer eng miteinander verknüpft waren, zeigt auch das Vorgehen der Bundesregierung in den 50er Jahren gegen die Anti-Remilitarisierungsbewegung. Wie eng auch Militarismus und patriarchalische Vorstellungen miteinander verknüpft sind, hat der deutsche Faschismus gezeigt, der in dem „stahlharten Soldaten für den Führer“ einerseits und der „zarten Mutter“ andererseits sein Ideal sah. Insofern bedeutet die Problematisierung des Zusammenhanges zwischen Alltagsgewalt und kriegerischer Gewalt keineswegs eine Beschränkung der Frauen auf den privaten Bereich²⁸, sondern ist ein Beitrag zur Diskussion darüber, mit welchen Mitteln und Methoden sich der Militarismus der Köpfe der Bevölkerung versichert, um seine Ziele zur Wirkung zu bringen.

In diesem Zusammenhang ist auch die Frage nach dem Inhalt von Frieden aufgeworfen. Frieden, zunächst nur verstanden als ein Verzicht auf Anwendung militärischer Mittel bei der Austragung politischer Meinungsverschiedenheiten zwischen den Staaten, bedeutet keinesfalls eine gesellschaftliche Befriedung. Im Gegenteil, erst unter den oben beschriebenen Bedingungen ergibt sich die Möglichkeit, gesellschaftliche Widersprüche und Konflikte auszutragen. Daß gerade in Kriegszeiten diese gesellschaftlichen Widersprüche durch ein Einschwören aller Klassen und Schichten auf ein vermeintliches patriotisches Gesamtinteresse unter den Tisch gefegt wurden, beweist anschaulich die Geschichte der beiden Weltkriege.

Macht, Gewalt und. Politik

Mit der Diskussion über Krieg und Frieden ist unbemerkt und fast wider Willen auch die Beteiligung der Frauenbewegung an der allgemeinen politischen Diskussion erfolgt, ist die Frauenbewegung gefordert, sich auch zu solchen Themen wie Macht, Politik und Gewalt zu äußern. Dies wurde bislang mit dem Verweis abgelehnt, daß Frauen sich mit diesen Fragen ohnehin nicht identifizieren können. Dorothee Brockmann hat nicht zu Unrecht darauf verwiesen, daß es in „der Frauenbewegung- von den Parteifrauen bis zu den Autonomen ein bestgehütetes Tabu“, der „Umgang von Frauen mit Gewalt, mit Macht, mit Wut und mit Radikalität“²⁹ gäbe. Lottemi Doormann gelangt zu der Auffassung, daß es sich bei dem Problem Macht und Gewalt „um patriar-

chalische Werte³⁰ handele. Hier würde die Aneignung der Erfahrung etwa der italienischen Frauenbewegung die politische Diskussion der Frauenbewegung zu diesem Thema bereichern. Bemerkenswerte Gedanken hat etwa Rossana Rossanda in ihren Vorträgen über Widerstand, Revolution und Feminismus entwickelt³¹. Sie schreibt: „Die Frauen erkennen also, daß die politische Organisationsform der Gesellschaft zum erstenmal in der Geschichte nicht nur die natürlichen Ressourcen gefährdet, sondern die Erhaltung der Gattung selbst. Sie fühlen sich bedroht in der elementaren Gewißheit, daß das Leben des Lebens fortbestehen wird. Doch wenn es stimmt, daß diese Gewißheit heute in Frage gestellt wird, ist dann die Einmischung der Frauen, gerade in den Bereich der Machtstruktur, nicht erst recht geboten, um den katastrophalen Mechanismus zu brechen?“ Sie empfiehlt, die Frage der Macht neu zu überdenken, denn „Macht muß ja nicht notwendig ‚Unterdrückung‘ bedeuten, sie könnte auch Macht sein, etwas hervorzubringen: eine andere Lebensweise, eine andere Welt, einen inspirierenden Sinn.“³² Damit wirft sie Fragen nach den Inhalten von Macht, Politik und dem Ziel auch der Frauenbefreiung auf, die bis jetzt innerhalb der bundesrepublikanischen Frauenbewegung nur in Ansätzen diskutiert wurden.

Mütterlichkeit und Friedensengagement

In der Diskussion über das Frauenspezifische des Friedenskampfes ist auch der „Mütterlichkeitsaspekt“ starker Kritik ausgesetzt. So moniert Ingrid Strobl: „Ihr sprecht immer wieder von der Angst um eure Kinder, geriert euch als friedfertige - weil weibliche - Wesen, tretet auf als Mütter, Großmütter, Freundinnen von Wehrdienstverweigern. Ihr definiert euch wieder einmal über andere - über eure Kinder. Enkel, Männer. Warum? Können wir nicht auch als selbständige, kämpferische, frauenbewußte Frauen (auch ohne Mann, Kind, Enkel für den Frieden sein?“³³ Diese Fragestellung ist nicht nur vor dem Hintergrund historischer Erfahrungen der Frauenfriedensbewegung aktuell, sondern auch vor dem Hintergrund der Anschauung, daß in Teilen der Frauenbewegung die Meinung, daß „Mütter zweifellos eine besondere Nähe zum Leben“³⁴ hätten, durchaus verbreitet ist. Diese „besondere Nähe zum Leben“ wurde etwa auch von Olive Schreiner, einer bedeutenden Schriftstellerin und Frauenrechtlerin zu Anfang unseres Jahrhunderts, aufgegriffen und diente für sie als Argument der Beteiligung der Frauen an der Friedensbewegung. Sie war nicht nur der Ansicht, daß Frauen aufgrund ihrer Funktion als Gebärerin neuen Lebens diese Nähe hätten, sondern sie sah in den Kindern einen spezifischen Schöpfungsakt von Frauen, Kinder waren ihrer Meinung nach die „Kunstwerke von uns Frauen“³⁵. In ihrem Engagement für den Frieden ging es ihr deshalb nicht nur um den Erhalt des von Frauen geschaffenen Lebens, sondern um den Erhalt ihrer eigenen kreativen Leistungen. Ähnliche Auffassungen finden sich nicht nur bei vielen anderen Pazifistinnen, auch innerhalb der sozialistischen Frauenbewegung spielte der Mütterlichkeitsaspekt bei der Mobilisierung der Frauen eine große Rolle. So heißt es z. B. in dem von der Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz 1915 verabschiedeten Manifest: „Man hat euch gesagt, eure Männer und Söhne seien hinausgezogen, euch, die schwachen Frauen und Kinder, euer Haus und euren Herd zu schützen. Wie ist die Wirklichkeit? Auf den Schultern der schwachen Frauen ist die doppelte Last gehäuft. Schutzlos seid ihr dem Kummer und der Not überantwortet. Eure Kinder hungern und frieren, das Dach über eurem Kopf droht man euch zu nehmen. Eurer Herd ist kalt und leer . . . Arbeiterfrauen, Arbeiterinnen! Was schreckt ihr zurück? Bisher habt ihr für eure Lieben geduldet, nun gilt es für eure Männer, für eure Söhne zu handeln.“³⁶ Ähnliche Aussagen finden sich auch in den Aufrufen des Demokratischen Frauenbundes Deutschland (DFD) nach 1945 und den Stellungnahmen der 1951 entstandenen Westdeutschen Frauenfriedensbewegung (WFFB). „Frauen-Mütter - Mädchen. Der Frieden ist in großer Gefahr. In vielen Ländern und auch bei uns in Westdeutschland wird ein neuer, furchtbarer Krieg vorbereitet.“

Deutsche Männer sollen Kanonenfutter in fremden Armeen werden. Auf fremden Befehl sollen sie unsere eigene Heimat vernichten, unser eigenes Volk im Osten Deutschlands und andere friedliche Völker überfallen. Unsere Betriebe sollen für Rüstungen mißbraucht werden, unser Ackerland in Flugplätze verwandelt werden . . . Mütter, um eurer Kinder willen wehrt euch gegen die Kriegsvorbereitungen! . . . Frauen, um Eurer Männer willen laßt die Remilitarisierung Deutschlands nicht zu!"³⁷ Dies finden wir im Aufruf des Zentralen Ausschuß zur Vorbereitung des 8. März 1951. In einem Aufruf des WFFB an „alle Mütter und Mädchen" heißt es: „Damit ein Volk frei von Krieg sei, müssen seine Mütter den Frieden wollen und den Frieden leben . . . Wir Frauen und Mütter aber wünschen uns nichts sehnlicher, als daß unsere Heimat erhalten bleibt . . . Wir Frauen verabscheuen den Krieg, und keine Mutter kann daran gehindert werden, das Leben, das sie gegeben, mutig zu verteidigen."³⁸ Auch in dem Appell des Prager Weltkongreß der Frauen vom 13. Oktober 1981 findet sich eine Aussage, in der aus der gegenwärtigen faktischen Verantwortung der Frauen für die Kindererziehung eine Verantwortung auch für die Beteiligung am Friedenskampf abgeleitet wird: „Die Frauen bilden die Mehrheit der Weltbevölkerung. Ob unsere Kinder eine friedliche Welt bewohnen werden oder ob das gesamte Leben auf unserem Planeten durch einen Kernwaffenkrieg ausgelöscht wird, hängt auch von uns Frauen ab.

Auch wenn bei der Kritik an dem Mütterlichkeitsaspekt in der Friedensfrage berücksichtigt werden muß, daß dieser Aspekt historisch eine bedeutende Rolle bei der Mobilisierung von Frauen gespielt hat, weil Frauen die ihnen aufgebürdete Verantwortung zunächst akzeptierten und sie sich mit diesem Aspekt besonders identifizieren konnten, auch wenn heute immer noch Frauen die Hauptlast bei der Erziehung der Kinder tragen, scheint doch eine Beschränkung oder ein starkes Betonen dieses Argumentationsstranges ohne eine gleichzeitige Problematisierung dieser Alleinverantwortung dem wachsenden Selbstbewußtsein vieler Frauen und der Frauenbewegung nicht mehr gerecht zu werden. Der Wunsch vieler Frauen, sich weder über ihre Beziehung, noch über die Kinder zu definieren und als selbstbewußte Frauen zu den politischen Fragen der Zeit Stellung nehmen zu wollen, ist ein großer, von der Frauenbewegung hervorgebrachter Fortschritt. Militarismus ist eine Bedrohung für Frauen und Männer, die Auswirkungen dieses Militarismus sind aufgrund der Tatsache, daß er sich patriarchalischer Formen, Verhaltensweisen, und Methoden bedient, verschieden. Insofern erfordert das Nachdenken über Krieg und Frieden auch die Entwicklung von Gedanken über diesen Zusammenhang und über gesellschaftliche Alternativen, in denen weder die Unterdrückung der Frau noch militaristisches Gedankengut Platz haben.

Erschienen in: Blätter für deutsche und Internationale Politik, 1/1982, S. 73 - 88

Anmerkungen:

- 1) Vgl. I. Strobl, in: „Emma", 8/1981, S. 6; auch in: „Die Neue" v. 29. 8, 1981.
- 2) Vgl. „Der Spiegel" v. 15. 6. 1981, S. 24ff.; F. Duve/H. Böll/K. Staerk, Zuviel Pazifismus?, Hamburg 1981.
- 3) Vgl. „Nachrichten", 6/1981, Dokumente. S 17.
- 4) Ebda.
- 5) Arbeitsgrundlage der DFI, unveröffentl. Manuskript, Teil IX. S. I.
- 6) Ebd.
- 7) Vgl. „Courage", 7/1979, S. 'i.
- 8) Vgl. Auszüge aus dem Einleitungsreferat von S. Plogstedt in: H. Billstein/K. Naumann (Hrsg.), Für eine bessere Republik, Köln 1981, S. 224 ff.
- 9) Vgl. Billstein, Naumann, S. 39.
- 10) Vgl. E. Burmeister, Frauen machen Frieden, Gelnhausen 1981, S. 142; auch in: Billstein/Naumann, S. '1201.

- 11) Vgl.: R. Wisbar/F. Hervé (Hrsg.), Leben, frei und in Frieden. Frankfurt 1981, G. Brinker-

- Gabler (Hrsg.), Frauen gegen den Krieg, Frankfurt/M. 1980; E. Laudowicz/ D Pollmann, Hrsg.: Weil ich das Leben liebe... . Köln 1981 ;E., Zeile (Hrsg.), Frauen für den Frieden, Essen 1981 „ Courage -Sonderheft 3 Alltag im 3. Weltkrieg, Berlin 1980.
- 12) Zu. nach.: R. Janßen, Frauen ans Gewehr?. Köln 1980, S. 130, auch in Billstein Naumann S. 221ff.
- 13) Zit. in.: „Nachrichten“, 6/1981, Dokumente. S, 17
- 14) Vgl. A. Schwarzer, in; „Emma“, 12/1980, S. 192
- 15) Vgl. S. Plogstedt. ebd.-
- 16) Vgl.: A. Schwarzer, in: ..Emma ', 5/1980, S. 5ff.
- 17) G. Brinker-Gabler (Hrsg.), Frauen, S. 65.
- 18) Vgl.: „Courage ', 6/1981, S, 31,
- 19) D. Brockmann, Wider die Friedfertigkeit - Gedanken über einen kriegerischen Alltag, in; „Courage“3/1981, S. 20.
- 20) Aufkleber der IFFF
- 2 i) I. Albrecht, u. a., Militärische Aufrüstung und soziale Demontage. Politische und wirtschaftliche Alternativen zur Rüstungspolitik der Bundesregierung, Düsseldorf 1981, S. 20.
- 22) D. Brockmann, Wider die Friedfertigkeit, S. 21.
- 23) D. Brockmann, in; ..Gesche“, Bremen, 8/1981, S. 42.
- 24) K. Liebknecht, Rekrutenabschied, Militarismus und Antimilitarismus, Dortmund 1971, S. 56.
- 25) Ebd. S. 76.
- 26) Ch. Benard/E. Schlaffer, Die ganz gewöhnliche Gewalt in der Ehe, Hamburg 1978, S. 128.
- 27) Vgl. R. Kühnl, Formen bürgerlicher Herrschaft, Hamburg 1971
- 28) So aufgefaßt von L. Doormann in ihrem Beitrag „Emanzipation wider die Friedfertigkeit Volkszeitung“ (DVZ) v. 1. 10. 1981, und von E. Gerlach und S. Hoffmann-Rittberg in ihren, Leserbrief erwähnten Beitrag in der DVZ v. 19, 11. 1981, S. 16.
- 29) D. Brockmann, Wider die Friedfertigkeit, S. 20.
- 30) L. Doormann, Emanzipation, S. 16.
- 31) R. Rossanda, Einmischung. Gespräche mit Frauen über ihr Verhältnis zu Politik, Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Demokratie, Faschismus, Widerstand, Staat, Partei, Revolution, Feminismus, Frankfurt/M. 1981), S. 177 ff.
- 32) Ebd.
- 33)I. Strobl, „Liebe – Friedensfrauen“ , S. 6.
- 34) L. Doormann, Emanzipation, S. 16.
- 35) O. Schreiner, Frauen zahlen die Hauptkosten, in: G. Brinker-Gabler, Frauen gegen den Krieg, S. 48.